

## DG-Politiker in der Verantwortung!

Die Bevölkerung in der DG macht sich zu Recht große Sorgen um die sinkende Kaufkraft des Euro, Alle leiden unter der Last überhöhter Steuern und Sozialabgaben und die belgische Staatsverschuldung vergrößert sich unaufhaltsam weiter!

Trotzdem bietet die Föderalregierung erneut Staatsbons in Milliardenhöhe zum Kauf an. Dabei könnte die Föderalregierung ganz einfach die Staatsgehälter und die öffentlichen Aufträge zu einem Teil direkt mit eben diesen Staatsbons bezahlen. Sie zieht es aber vor, die Staatsbons privaten Anlegern gegen Euros anzubieten und muss dann natürlich noch mehr Schuldzinsen bezahlen! Diese Handlungsweise ist vollkommen hirnrissig! Denn die Staatsbons werden von uns, den Steuerzahlern, abgesichert: Deshalb würde jedes Geschäft in Belgien und jeder Dienstleistungserbringer sie sofort, mit vollem Vertrauen, neben dem Euro als zweites legales Zahlungsmittel annehmen!

Diese einfache, nach europäischem Recht erlaubte Maßnahme würde auch dem belgischen Staat die Geldhoheit zurückgeben. Heute ist es so, dass Privatpersonen und institutionelle Anleger von der "Geldschöpfung der Geschäftsbanken aus dem Nichts" profitieren und Milliardenprofite einstreichen, weil das System alle Steuerpflichtigen mit diesen "Luftnummern" der Banken zu exponentiellen Zinszahlungen zwingt!

Man könnte jetzt einwenden, dass ja die Staatsbons auch eine "Luftnummer" seien, und das stimmt auch. Aber die direkt genutzten Staatsbons würden Wirtschaftsaktivität und dadurch Steuereinnahmen erzeugen, die dann nicht in Form von Zinszahlungen an zumeist ausländische Anleger verloren gehen, diese Steuereinnahmen würden für das Allgemeinwohl in Belgien zur Verfügung stehen. Das ist der entscheidende Unterschied!

VIVANT- Ostbelgien sieht hier nun alle DG-Politiker in der Verantwortung! Die DG-Parlamentsmitglieder in Eupen, Lüttich, Namur und Brüssel sind verantwortlich für die eigene Fortbildung und für die Information der Öffentlichkeit. Und die 4 Minister der DG haben die Möglichkeit, und aus meiner Sicht die Pflicht, ihren Ministerkollegen im Rahmen der interministeriellen Konferenzen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Es gibt keine Entschuldigung für eine weitere Untätigkeit!

Passend hierzu sprach Elio Di Rupo im Rahmen seines Auftrags als Präformator von "gigantischen sozio-ökonomischen Herausforderungen" und dass "die Staatsfinanzen dringend saniert werden müssen."

Joseph Meyer, St.Vith  
VIVANT- Ostbelgien